

Corona-Krise

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt, Uwe Kremer, Thilo Scholle und Stefan Stache¹



Foto: © domin_domin – Getty Images / iStockphoto

Die Corona-Pandemie führt deutlicher als zu Zeiten der globalen Finanzmarktkrise vor Augen, welche zentrale Bedeutung wohlfahrtsstaatliche Ressourcen und Regulierung besitzen. In der neuen globalen Krise, in der nicht alle gleich sind, sondern die entlang sozialer und ökonomischer Ungleichheiten und Kapitalismuspfade erfahren und bewältigt wird, scheinen in der Linken wie Ende der 2000er Jahre sowohl positive als auch skeptische Einschätzungen über die Krisendynamik auf. Angeregt werden die optimistischen keynesianischen Krisendeutungen durch das Ausmaß der Krise, vor allem die momentane Rolle wohlfahrtsstaatlicher Interventionen. Letztere kommen in den großen und z.B. für die USA in ihrer Höhe einmaligen Hilfspro-

grammen, der Aussetzung des EU-Fiskalpakts und der Schuldenbremse sowie dem Einflussverlust von Diskursen der Entstaatlichung zum Ausdruck. Sie halten neoliberales Denken für nahezu epochal geschwächt und die Chancen für einen sozialen und ökologischen Politikpfad etwa im Rahmen eines Green New Deal für hoch.² Demgegenüber sehen andere Stimmen die Gefahr eines neuen Austeritätsschubs nach den Hilfsmaßnahmen heraufziehen und verweisen darauf es habe sich an den Logiken der Finanzmärkte und dem Primat der Austerität in der EU nach der globalen Finanzmarkt- und der Eurokrise nichts geändert, während progressive Projekte wie die Finanztransaktionssteuer in der EU nicht

¹ Dr. Arno Brandt ist Regionalökonom und lebt in Lüneburg.

Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

² vgl. exemplarisch Hans-Jürgen Burkhard (2020): Corona-Zeit ist Wendezeit. Ein Blick ins Morgen, in: <https://makroskop.eu/2020/03/corona-zeit-ist-wendezeit-ein-blick-ins-morgen/>; Stephan Schulmeister (2020): Diese Krise ist das Ende des Neoliberalismus (Interview), in: <https://www.moment.at/story/stephan-schulmeister-corona-krise>; Ulrike Herrmann (2020): Corona Dämmerung für Neoliberalismus –Kommentar, in: TAZ 21.03.20

realisiert wurden.³ Darüber hinaus werden Zweifel laut, ob eine Krise, die Ungleichheiten verschärfe und zu sozialer Distanz führe, überhaupt als Chance begriffen werden könne.⁴ Welche der aktuellen Krisendiskurse am Ende die Oberhand gewinnen, bleibt zunächst offen. Jürgen Habermas hat vor kurzem durchaus zurecht vermerkt, dass es „so viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit handeln und leben zu müssen, noch nie“ gab.⁵

Auch die Analysen und Reformvorschläge in diesem Heftschwerpunkt können nur einen ersten Ausblick auf die Frage bieten, ob und unter welchen Bedingungen sich das politische Feld öffnen oder schließen wird. Es spricht viel dafür, dass die Krisendynamik den bisherigen ökonomischen und wohlfahrtsstaatlichen Pfaden folgt. Eher scheint unklar zu sein, inwieweit sich Handlungsspielräume für solidarische Akteur*innen verändern oder ob es zu Pfadverschiebungen bzw. deren neoliberaler Verfestigung kommt. Solidarische Pfadverschiebungen erfordern umfangreiche gesellschaftliche Lernprozesse und auch solidarische Kämpfe und deren Repräsentation. Sie müssten sehr wahrscheinlich über das sozial-integrative Lager hinausreichen.⁶

Bereits jetzt hat die Debatte um die wohlfahrtsstaatlichen Handlungsspielräume und die Staatsverschuldung begonnen. Vom Ausgang dieser Debatte wird abhängen, ob investitions-politische Strategien zugunsten öffentlicher Infrastrukturen und gesellschaftlicher Daseinsvorsorge ermöglicht oder blockiert werden. Um langfristige öffentliche Investitionen zu finanzieren, schlägt Paul Krugman eine staatliche Kreditaufnahme von jährlich zwei Pro-

zent des BIP vor. Auch Schuldenstandsquoten von über 100 oder sogar von 200 Prozent wie etwa im Falle Japans seien nicht per se problematisch, sofern die Wachstumsraten durch zu erwartende Produktivitätszuwächse und Multiplikatoreffekte über dem Zinsniveau lägen.⁷ Diesem Vorschlag schließt sich *Arne Heise* an, der die Pandemie im Unterschied z.B. zur globalen Finanzmarktkrise als externen Schock und kombinierte Angebots- und Nachfragekrise versteht. Um eine länger anhaltende Depression zu vermeiden, sollten den Hilfspaketen konjunkturstützende Maßnahmen bzw. Investitionen folgen. Er plädiert für die Einrichtung einer kreditfinanzierten EU-Finanzkapazität im Haushalt der EU, über die nationalstaatlich verfügt werden könne. Auf diese Weise seien auch eine staatliche Kreditaufnahme über die Restriktionen des Fiskalpakts und der Schuldenbremse hinaus möglich.

Konjunkturprogramme in u.a. Form langfristiger Investitionen fordert auch *Dierk Hirschel*, der zugleich vor einem Diskurs der Staatsschuldenkrise durch konservative und neoliberale Akteur*innen wie nach der globalen Finanzmarktkrise warnt. Im Gegensatz zur Krisenreaktion der Bundesregierung, die er insgesamt als angemessen bewertet, habe die EU spät und bislang noch unzureichend gehandelt. Gemeinsame europäische Anleihen in Form von sogenannten Coronabonds müssten die bisherigen Maßnahmen wie z.B. die Mittel für das Kurzarbeitergeld oder die Kredite aus dem ESM ergänzen. Künftig solle der Staat an den Renditen von Innovationen partizipieren, die er finanziere. Bislang gelte noch die Logik, Verluste zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren. Über die bisherigen Hilfspakete hinaus sei weitere Unterstützung für Gruppen erforderlich, die noch nicht erreicht würden. So reiche das inzwischen angehobene Kurzarbeitergeld in Deutschland nicht aus, um vielen Beschäftigten, die niedrige Löhne beziehen, den Antrag auf aufstockendes Arbeitslosengeld (Hartz IV) zu ersparen. Es gehe um die angemessene materielle Anerkennung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und das Zurückdrängen prekärer Beschäftigung gerade

3 Martin Heppner (2020): Interview, in: https://www.deutschlandfunkkultur.de/wirtschaftliche-solidaritaet-lebenselixier-oder-lebensluege.976.de.html?dram:article_id=475130

4 vgl. Klaus Dörre im vorliegenden Heftschwerpunkt

5 Jürgen Habermas (2020): So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie, Interview, in: <https://www.ksta.de/kultur/-so-viel-wissen-ueber-unser-nichtwissen-gab-es-noch-nie--36509248>.

6 Vgl. Max Reinhardt, Stefan Stache (2014): Solidarität als Lernprozess. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, dies./Stephan Meise 2014 (Hg.): Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte, Lit-Verlag, Münster. Zu den Möglichkeiten solidarischer Öffnungen und Pfadverschiebungen v.a. für Deutschland siehe Rubrik Kurzum in dieser Ausgabe.

7 Paul Krugman (2020): The case of permanent stimulus, in: *Vox EU* vom 18.03.2020,

auch für diejenigen Beschäftigtengruppen wie z.B. in der Pflege oder im Einzelhandel, deren gesellschaftliche Bedeutung die Pandemie unterstrichen habe. Hierfür müsse angesichts ungleich verteilten hohen Reichtums die Verteilungsfrage gestellt werden. Der Staat müsse kräftig in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren. Er fordert darüber hinaus, dass staatliche Leistungen für Unternehmen an Gegenleistungen geknüpft werden, so etwa der Stopp von Dividendenaus-schüttung oder das Ende von Steuerflucht. Wenn der Staat sich an Unternehmen beteilige, müsse er auch Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen. „Am besten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation.“

In der Debatte um die Verteilung der Krisenkosten erinnert *Carsten Sieling* an den Lastenausgleich der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg und zeigt auf, wie hohe Vermögen für aktuelle Aufbauleistungen herangezogen werden könnten.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Positionen in der Linken sieht *Klaus Dörre* wenig emanzipatorische Potentiale in der Pandemie.

Sie bedeute gerade für weniger privilegierte Menschen zunächst soziale und existenzielle Verunsicherung und Bedrohung. Für low- und middle-income countries insbesondere für Afrika könnten die Folgen der Pandemie besonders verheerend sein. Am besten könnten noch die Länder mit einer vergleichsweise gut entwickelten Infrastruktur und Gesundheitsversorgung die Krise bewältigen. Am Ende könne eine Phase des verstärkten Staatsinterventionismus stehen, der jedoch nicht zwangsläufig progressiv sein müsse. Gesellschaftlich erforderlich sei eine ökologische und soziale Nachhaltigkeitsrevolution, welche die Care-Arbeit einbeziehen müsse. Immerhin habe die extreme Rechte bislang nicht von der Pandemie profitieren können. Die Krisenreaktionen rechtspopulistischer Regierungen belegten eher deren Inkompetenz.

Bedeutung gesellschaftlicher Infrastrukturen

Die Lücken, insbesondere in der Gesundheitlichen Infrastruktur, werden mit der Pandemie besonders virulent. Hierzu gehört die Frage nach den Folgen der Krise für Menschen, die

Arbeitsrecht in der Corona-Krise



Arbeitsrechtliche Beratungspraxis in Krisenzeiten

Aktuelle Fragestellungen in der Pandemie

Herausgegeben von RA Dr. Rüdiger Helm, RAin Veronica Bundschuh und RA Manfred Wulff

2020, ca. 200 S., brosch., 58,- €

ISBN 978-3-8487-7613-9

Erscheint ca. Mai 2020

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter nomos-shop.de
 Bestell-Hotline (+49)7221.2104-37 | E-Mail bestellung@nomos.de | Fax (+49)7221.2104-43
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

aufgrund ihrer sozialen Lage, ihres rechtlichen Status oder gesundheitlicher Einschränkungen auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Infrastrukturen angewiesen sind.

Joachim Rock blickt auf die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Er stellt fest, dass es vor allem die Ärmsten seien, die von der Krise des Sozialen als erstes betroffen gewesen seien. Angesichts der steigenden Zahl an Menschen, die Unterstützung bräuchten, auf der einen und der Abnahme an Hilfsangeboten auf der anderen Seite fordert *Rock* zusätzliche Hilfen für die Armen. Sie profitierten nämlich nicht von den neu geschaffenen Leistungen der Bundesregierung. Die Krise treffe die Ärmsten zum einen wirtschaftlich, da es gerade die Gelegenheitsjobs, mit denen viele Menschen in der Grundsicherung zusätzlich Einkommen erarbeiten, seien, die häufig ersatzlos entfielen. Zum anderen litten sie aber auch auf der sozialen Ebene, indem etwa in beengten Wohnsituationen die häusliche Gewalt zunehme, oder den Kindern die notwendige Hardware für das E-Learning in der Schule fehle. Positiv hebt *Rock* die von der Regierung beschlossene Ausweitung des Kurzarbeitergeldes hervor. Darüber hinaus wäre es, so *Rock*, aber notwendig gewesen, „dass die Sicherung der medizinischen und sozialen Hilfeinfrastruktur auch politisch oberste Priorität gehabt hätte. Das hatte sie jedoch lange nicht.“ *Rock* kritisiert nicht nur die schlechte Bezahlung von Pflegekräften, sondern auch die „etablierte Geringschätzung von Care-Arbeit: Während etwa Finanzdienstleistungen bei der Berechnung des Bruttosozialprodukts zählen, zählt unbezahlte Care-Arbeit nichts.“ *Rock* moniert außerdem die Ungleichbehandlung von gewinnorientierten Unternehmen und sozialen Leistungsträgern in der Krise. Während erste trotz staatlicher Hilfen weiter Dividenden und Bonuszahlungen ausschütten könnten, würden letzteren weitergehende Verpflichtungen als Gegenleistung für die staatlichen Hilfen auferlegt als allen anderen Branchen. Und auch die restriktiven Förderbedingungen für gemeinnützige Einrichtungen im Vergleich zu gewerblichen Unternehmen drohten zu „einem Treiber der Ökonomisierung zu werden und gerade die nicht-renditeorientierten Unternehmen vom Markt verschwinden zu lassen“.

Daher umfasst die Debatte über Infrastrukturökonomie nicht allein die auskömmliche Finanzierung sondern ihre bedarfsorientierte Qualität, die nicht der Marktlogik sondern Logiken der Daseinsvorsorge und Gemeinwohlorientierung folgen muss. Je stärker dabei der *vorsorgende und vorhaltende* Charakter von Infrastrukturen – auch mit Blick auf unerwartete und möglicherweise katastrophische Ereignisse und Trends – zur Geltung kommt, desto problematischer wird eine private Bewirtschaftung dieser Infrastrukturen und desto einsehbarer dürfte die aktive Rolle und Verfügungsgewalt des Staates sein – übrigens gleichermaßen als soziale Schutzmacht und als innovativer Pionier (um ein in dieser Zeitschrift häufiger gebrauchtes Bild zu aktualisieren). Es ist nicht völlig von der Hand zu weisen, dass eine Reduktion von Staatsschulden in „guten Zeiten“ Spielräume für öffentliche Finanzierungen in Krisensituationen schafft. Richtig ist aber auch, dass rechtzeitig getätigte Investitionen in materielle und personelle Infrastrukturen sich in derartigen Situationen volkswirtschaftlich auszahlen.

Felix Welti beleuchtet das deutsche Gesundheitswesen im Lichte der Corona-Krise. *Welti* stellt fest, dass eine marktwirtschaftliche Organisation von Gesundheit nicht dazu geeignet ist, Prävention für eine Pandemie wie Covid-19 zu leisten. Er prognostiziert eine Diskussion über die Beschaffung von Medizinprodukten durch Staat, Krankenkassen und öffentlich finanzierte Gesundheitseinrichtungen. Steigende Preise dieser Güter im Krisenfall seien Hinweise auf eventuelle Systemfehler. Noch problematischer ist laut *Welti* allerdings der Mangel an ärztlichem und pflegerischem Personal, den er unter anderem auf Personalschlüssel aber auch schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung zurückführt. Da der Mangel an Medizinprodukten und Personal auch zu einer Gefährdung der im Gesundheitswesen Tätigen führe, fordert *Welti* eine „staatliche Verantwortung für notwendige Vorsorge durch Vorratshaltung und materielle und personelle Reservekapazität.“ Als Konsequenz aus der Corona-Krise fordert er, „die internationale Kooperation für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit substanziell zu verstärken.“ Vor

dem Hintergrund der Globalisierung könne Gesundheitspolitik sich nicht auf den Nationalstaat beschränken. Und so resümiert er: „Nicht die Externalisierung von Gefahren, sondern nur eine globale Politik, die anerkennt, dass die bestmögliche Gesundheit eines jeden die Bedingung der Gesundheit aller ist, kann die nachhaltige Konsequenz sein.“

Auf den Zusammenhang von Austeritätspolitik und den verschlechterten Zustand der Gesundheitsversorgung v.a. in Südeuropa weist *Hilde Mattheis* hin und spricht sich ebenfalls für Eurobonds aus, um die Gesundheitssysteme bedarfsgerecht zu finanzieren.

Corona-Pandemie – Menschen- und Bürgerrechte

In der Pandemie hat sich die autoritäre Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen eher verschärft. *Dietmar Köster* interpretiert die Fluchtbewegungen auch als Folge einer Externalisierungsstrategie, wonach die „reichen hochindustrialisierten Gesellschaften dieser Welt die negativen Effekte ihres Handelns auf Länder und Menschen in ärmeren, weniger ‚entwickelten‘ Weltregionen auslagern“ (*Stephan Lessenich*). Er kritisiert u.a. die Aussetzung des Asylrechts in Griechenland und die dortigen menschenunwürdigen Lager und menschenrechtswidrige Polizeipraktiken gegenüber Geflüchteten sowie die Praxis, die Seenotrettung von Geflüchteten aus dem Mittelmeer zu erschweren und zu blockieren. Anstatt Grund- und Menschenrechte zu wahren, setze die EU auf autoritäre Abschottung und bezeichne Griechenland als „Schutzschild“ der EU (*Ursula von der Leyen*). Die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen und kranken Kindern sei ein erster jedoch nicht ausreichender Schritt. Im Sinne einer menschenrechtsfundierten Flüchtlingspolitik müssten u.a. legale Fluchtwege geschaffen und Geflüchtete nach einem gerechten Verteilungsschlüssel von allen EU-Staaten aufgenommen werden. Zudem sollten die Bundesländer, die zur Aufnahme von Geflüchteten bereit sind oder in denen sich Städte zu sicheren Häfen erklärt haben, aber prüfen, ob sie auch ohne die Zustimmung des Bundesinnenministeriums aktiv werden könnten.

Die Schutzmaßnahmen des Bundes und der Länder haben zu kontroversen Debatten um Grundrechte und die Verhältnismäßigkeit von deren Einschränkung geführt. *Katie Baldschun* ordnet die aktuellen rechtlichen Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene verfassungsrechtlich ein. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass insgesamt momentan der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibe, weist aber u.a. darauf hin, dass staatliche Krisenbewältigung nicht dauerhaft durch individuelle Verhaltensbeschränkungen, sondern in erster Linie durch öffentliche Infrastrukturentwicklung erfolgen müsse.

Wir werden uns auch in den kommenden Ausgaben und einem weiteren Heftschwerpunkt im August mit der Corona-Krise beschäftigen. ■